

# Eine der Säulen der Stärke unseres Landes liegt in starken Kommunen – starken Gemeinden, Städten und Kreisen

Probleme miteinander diskutieren und zum Wohle des Landes lösen

Ansprache von Ministerpräsident Winfried Kretschmann MdL

Herr Präsident Landrat Jahn, Herr Landtagspräsident Wolf, verehrte Fraktionsvorsitzende Schmiedel und Dr. Rülke, liebe Kollegen aus dem Europäischen Parlament – Frau Jeggle –, aus dem Bundestag und aus dem Landtag, liebe Kollegen aus der Regierung, Herr Gall, Frau Erler, meine verehrten Vorsitzenden der kommunalen Landesverbände, Frau Bosch und Herr Kehle, verehrte Regierungspräsidenten, Landräte, Kreisräte, meine Damen und Herren Oberbürgermeister und Bürgermeister, lieber Erzbischof Tutilo Burger, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Jahn, Sie wollen, dass ich die Karten auf den Tisch lege. Zunächst einmal muss ich nach Ihrer Rede meine Rede, die ich hier halten wollte, zur Seite legen.

Diese Landesregierung hat vor der kommunalen Selbstverwaltung sehr großen Respekt. Es ist uns bewusst, dass eine der Säulen der Stärke unseres Landes in starken Kommunen – starken Gemeinden, Städten und Kreisen – liegt. Dessen sind wir uns voll bewusst. Sie haben ja auch Beispiele genannt. Wir haben die Absicht, dass das auch so bleibt. Wo immer es geht, wollen wir die Kommunen stärken. Sie wissen, dass ich ein großer Anhänger des Subsidiaritätsprinzips bin. Wir werden uns immer überlegen, wo welche Aufgabe hingehört. Dabei denken wir von unten nach oben. Das ist ein klares Strukturprinzip, nach dem wir vorgehen. So wollen wir das handhaben, und ich bin davon überzeugt, dass wir das auch in Zukunft gut und kommod machen werden.

Ich meine, ein gewisses Spannungsverhältnis mit dem Landkreistag, von dem ja

kein einziger Landrat den Regierungsparteien angehört, darf man vielleicht nicht ganz leugnen. Ich bin mir auch bewusst, dass ich hier auf besonders kritische Ohren stoße. Aber ich gehe immer davon aus, egal mit wem ich verhandle, dass wir als Ebenen unseres Gemeinwesens die Verhandlungen mit dem nötigen Respekt und an der Sache orientiert führen und erst in zweiter Linie nach Parteibüchern. Sie können sich bei mir darauf verlassen, dass es mir immer zuerst um das Land geht, dann um die Partei und ganz zum Schluss um die Person. Das sind ja auch Dinge, die ich nicht selber erfunden habe. Das Letzte stammt bekanntlich von einem meiner Vorgänger, von Erwin Teufel. So wollen wir das weiter handhaben, weil das ein gutes Strukturprinzip ist.

Zunächst zur Direktwahl der Landräte. Diese steht klar im Koalitionsvertrag. Ich persönlich habe da manche Skepsis; das ist einigen von Ihnen durchaus bekannt. Aber das steht im Koalitionsvertrag und wird auch so gemacht. Man muss natürlich immer bedenken – darauf muss ich hinweisen –, dass die Landräte nach der Teufel'schen Verwaltungsreform zu zwei Dritteln staatliche Aufgaben wahrnehmen. Es ist natürlich ein Problem, wenn der Bürger wählt und diejenigen, die er wählt, dann zu einem großen Teil Aufgaben haben, die sie weisungsbefugt umsetzen müssen. Das ist ein Spannungsverhältnis und passt nicht so ganz zusammen. Das möchte ich nur als Problem aufzeigen. Aber, wie gesagt, das ist so von den Koalitions-Partnern vorgegeben.

Das Zweite, was wir dazu im Koalitionsvertrag stehen haben, ist die Frage: Wie



sieht es dann mit den Bürgermeistern in den Kreistagen aus? Das Problem ist dort in Frageform gestellt, aber das müssen wir dann auch mit Ihnen allen diskutieren. Klar ist – da bin ich mit Ihnen völlig einer Meinung –: Zur Bürgergesellschaft gehört auch und besonders der Blick auf diejenigen, die sich aktiv an diesem Gemeinwesen beteiligen. Wir haben da verschiedene Säulen. Das sind zum einen die klassischen Vereine, die wir seit mindestens anderthalb Jahrhunderten in diesem Land haben und die eine ganz alte bürgerschaftliche Säule darstellen. Wir haben die neuen Bürgerbewegungen. Da stehen wir durch das Internet vor ganz neuen Herausforderungen. Die Zivilgesellschaft ist in der Lage, sich schnell und kompetent über Netzwerke zu organisieren. Aber es gibt auch immer eine Säule derer, die sich direkt für das Gemeinwesen engagieren, indem sie das Ehrenamt des Landkreises oder der Gemeinde bekleiden und damit am obers-

ten Verwaltungsorgan dieser Einrichtung teilnehmen. Das wollen wir nicht vergessen. Ohne das Engagement dieser Menschen, die in ihrer harten Arbeit oft nicht so sehr öffentlich beachtet werden, könnten wir das alles gar nicht stemmen. Herr Präsident Jahn, da haben wir überhaupt keine Differenzen. Ich glaube, diese ganz verschiedenen Säulen unserer Bürgergesellschaft zu hegen und zu pflegen, aber auch neuen Entwicklungen anzupassen, das ist für uns alle eine Herausforderung, die wir gemeinsam meistern müssen.

Mir ist jedenfalls bewusst, dass Vertrauen immer die knappste, aber auch die wichtigste Ressource in der Politik ist. Wir stellen allgemein einen erheblichen Vertrauensverlust gegenüber den politischen Institutionen fest. Deswegen ist es mein Bestreben, unsere Politik des Gehörtwerdens umzusetzen, neue Formate zu entwickeln, wie sich die Zivilgesellschaft besser an den Entscheidungen beteiligen kann. Das ist nicht immer vergnügungssteuerepflichtig. Das wissen wir alle. Das erleben Sie z. B., wenn Sie Krankenhäuser schließen wollen oder müssen. Wir haben gerade gestern Abend in der „Landesschau“ gesehen, dass da im Kreis Esslingen 2500 Bürgerinnen und Bürger demonstrieren. Es ist nicht einfach, mit der Zivilgesellschaft umzugehen. Aber wenn wir es nicht tun, dann füttern wir nur populistische Parteien. Das können wir in ganz Europa beobachten. Dem sollten wir entschieden entgegenreten. Dafür müssen wir die entsprechenden Formate schaffen. Ich habe jetzt aus Ihren Worten, Herr Präsident Jahn, herausgehört, dass wir da im Kern keinen Dissens haben und das machen müssen. Meine Damen und Herren, wir stehen vor der Herausforderung – und der stellt sich diese Landesregierung –, dass wir ab 2020 keine neuen Schulden mehr machen dürfen. Das steht im Grundgesetz. Wir nehmen unsere Verfassung ernst, und daran wird kein Weg vorbeiführen. Wir müssen uns darauf einstellen, und das tun wir auch. In dieser Situation müs-

sen wir Haushalte aufstellen, in denen wir sparen, in denen wir sanieren und in denen wir investieren. Nur einfach sparen – dafür war ja Ihre Rede ein beredtes Beispiel – geht offenkundig nicht. Wir können nicht blind überall mit dem Sparen zuschlagen, sondern wir müssen überlegen, wo wir, weil wir sonst die Quellen des Reichtums der Zukunft untergraben, investieren müssen, z. B. bei unseren Infrastrukturen, aber auch in der Bildung und in vielen anderen Bereichen. Wo müssen wir sanieren, weil wir sonst die Werthaltigkeit des Landesvermögens ruinieren? Und wo müssen wir dann an den Ausgaben kürzen? Erst in diesem Dreieck ist das Ganze überhaupt eine Herausforderung, und zwar nicht die einfachste, wie Sie alle wissen. Diesen Weg gehen wir und müssen wir gehen. Wir haben gesagt, dass wir ihn bis zum Jahr 2020 gehen, damit nicht enorme Brüche entstehen. Dieser Aufgabe stellen wir uns.

Tatsache ist, dass wir im Haushaltsjahr 2012 trotz eines reichen Steuersegens immer noch eine Deckungslücke von 360 Millionen € schließen mussten. Das ist einfach eine Tatsache. Wir haben in der Tat Rücklagen gebildet für die Sanierung, weil wir erhebliche Sanierungsstaus haben – Sie haben sie ja selber aufgezählt –, etwa bei der Krankenhaus-sanierung oder beim Straßenbau. Aber selbst im Hochschulbau habe ich eine Sanierungslücke von 3 Milliarden €. Das sind immerhin knapp 8 % des Haushalts. Da geht es um die Kernaufgaben des Landes und nicht um irgendetwas. Die Prosperität und der Reichtum unseres Bundeslandes hängen von der wirtschaftlichen Entwicklung ab, die mehr denn je wissenschaftsbasiert ist, das heißt, von der Forschung und ihrem Transfer in die Unternehmen lebt. Es ist klar, dass das ganz prioritäre Bereiche sind, in die wir investieren müssen, weil wir sonst wirklich an der Grundquelle des Reichtums der Zukunft graben. Aber das Problem dabei ist, dass das sehr kostenintensiv ist.

Ich war erst kürzlich an der Universität Tübingen, wo sich herausstellte, dass die 4 Millionen €, die wir für das Risikokapital haben, überhaupt nicht ausreichen. Es sind genaugenommen ganz andere Größenordnungen erforderlich, weil wir uns da global in einem enorm harten Wettbewerb befinden und andere Länder beim Risikokapital klotzen und nicht kleckern. Nur können wir diese Mittel bei unserer Haushaltssituation gar nicht ohne Weiteres aufbringen.

Dieser Situation müssen sich alle stellen, natürlich zuerst ich selber und die Landesregierung; das ist ja klar. Wir müssen diesen Haushalt sanieren. Diese Sanierung durchdringt alle von Ihnen angesprochenen Bereiche. Natürlich bedeutet die Politik des Gehörtwerdens: Wohin ich auch komme, haben die Leute Wünsche. Das ist nicht besonders überraschend. Aber ich kann nicht alle Wünsche erfüllen. Jedenfalls bedeutet die Politik des Gehörtwerdens nicht, dass alle immer erhört werden. Das ist ein Ding der Unmöglichkeit. So wird es auch dem Landkreistag gehen. Auch dieser kann nicht bei allem, was er möchte, erhört werden. Ich erwarte – das habe ich schon letzte Woche gesagt – von Landräten, wenn es beispielsweise um Straßenbau geht, dass sie sich nicht wie Bürgerinitiativen verhalten, die einfach sagen, was sie gerade wollen. Ich kann von Ihnen erwarten, dass Sie, weil Sie selber Haushalte managen müssen, ein Einsehen haben, in welcher Haushaltssituation ich stehe. Ich meine, das ist zunächst einmal das Allerwichtigste. Das erwarte ich einfach von Ihnen, und ich glaube, diese Erwartung wird letztlich auf fruchtbaren Boden fallen, denn ich habe es mit erfahrenen, realpolitisch ausgewiesenen Menschen zu tun. Wir müssen uns da hineinfinden. Damit komme ich zu einem wichtigen Punkt, den Sie angesprochen haben, der Polizeireform. Es gilt natürlich das Demokratieprinzip. Diese Regierung ist gewählt worden. Sie hat bestimmte Vorstellungen, und diese Vorstellungen setzt sie um. In den Bereichen, in denen

sie originär verantwortlich ist – das ist bei der Polizei der Fall, das ist eine staatliche Aufgabe –, setzt sie Eckpunkte – das haben wir gemacht – und bringt diese in die Diskussion.

Was ist nun zwingend an den Rahmenbedingungen dieser Reform? Das ist zunächst einmal die Altersstruktur unserer Polizei, aber das ist auch die Haushaltskonsolidierung. Wir wollen gleichbleibende Qualitätsstandards haben. Wir haben eine jahrelange Unterfinanzierung, die derzeit schlechteste Polizeidichte Deutschlands, aber veränderte Herausforderungen wie etwa die Kriminalität im Netz, die an Bedeutung ständig zunimmt, also neue Aufgaben, die da auf uns zukommen, und eine zum Teil dramatische Unterbesetzung der Dienststellen vor Ort.

Bei der gegenwärtigen Haushaltslage, die ich Ihnen kurz schildern konnte, können wir nicht frisches Geld aus dem Haushalt nehmen, um damit die Polizeidichte vor Ort zu stärken. Wir machen deswegen eine Polizeireform, die die Polizeidichte vor Ort stärkt, indem sie schlanke Führungsstrukturen generiert. Das ist der Weg, den wir mit der Polizeireform gehen. Das ist sozusagen der Kernbestand.

Ich möchte noch einmal in aller Deutlichkeit sagen: Eine Polizeireform dient weder in erster Linie der Landesregierung noch den Landräten noch der Polizei selber. Sie dient der Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger vor Ort. Das ist der erste und oberste Maßstab, dem wir zu folgen haben. Weil wir das so sehen, haben wir die Reform so konzipiert, dass wir, ohne zu neuen Haushaltsmitteln greifen zu müssen, die Polizeipräsenz vor Ort durch eine schlanke Verwaltung generieren. Das ist auch der Weg, den wir in vielen anderen Bereichen gehen müssen. Wie soll ich sonst meinen Haushalt sanieren, ohne dass eine massive Aufgabenkritik in diesen oder anderen Bereichen stattfinden würde? Diese ist hier nicht geäußert worden. Also niemand ist der Meinung, dass wir die Präsenz vor Ort

verringern sollen, sondern alle sind der Meinung, wir sollen sie erhöhen. Das tun wir. Deswegen ist die Schließung von Kriminalaußenstellen kein Schreckgespenst, wenn diese nur zu normalen Bürozeiten geöffnet sind. Gerade in diesem Bereich gewährleisten wir durch die Reform Präsenz vor Ort.

Die gesellschaftlichen Änderungen, mit denen wir konfrontiert sind, veränderte Aufgabenstellungen und nur begrenzt zur Verfügung stehende Haushaltsmittel erfordern eine andere Organisationsstruktur, etwa die Abschaffung der vier Landespolizeidirektionen. Ich denke, das sind ganz unbestrittene Punkte. Das ist der Grundansatz dieser Reform. So ist sie in ihren Eckwerten konzipiert. Die belastungsorientierte Stärkung der Fläche für die Erfüllung operativer Aufgaben, z. B. bei der Kriminalitätsbekämpfung oder zur Verkehrssicherheit, erfolgt spürbar, und die Qualität in der Erledigung polizeilicher Kernaufgaben wird verbessert. Ich möchte noch einmal darauf hinweisen: Diese Vorschläge kommen aus der Polizei selbst. Die Polizei selbst sieht einen dringenden und umfangreichen Reformbedarf. Ich darf noch einmal daran erinnern, dass im Lenkungsausschuss parteiübergreifend die Regierungspräsidenten durch Herrn Regierungspräsidenten Dr. Kühner, die großen Städte durch Herrn Oberbürgermeister Dr. Salomon und die Landkreise durch Herrn Landrat Pauli vertreten waren. Man kann also nicht sagen, dass wir Sie einfach übergangen hätten. Sie waren in diese Fragen mit eingebunden. Wie gesagt, das ist eine Reform, die aus der Polizei selber kam. Daher ist das keine Vorlage für eine allgemeine Verwaltungsreform. Diese Polizeireform steht im Koalitionsvertrag. Von einer allgemeinen Verwaltungsreform steht da nichts drin.

Die Überlegungen von Grünen und SPD aus Oppositionszeiten zur Verwaltungsreform sind bekannt. Wir haben ganz bewusst dazu nichts in den Koalitionsvertrag geschrieben, weil es vernünftig ist,

so etwas in der zweiten Legislaturperiode zu machen. Wenn man selber Regierungserfahrung gesammelt hat, kann man das angehen. In irgendeiner Form müssen wir auch in der Verwaltung schauen, wie wir dort Effizienzreserven mobilisieren. Wie soll ich anders den Haushalt sanieren?

Herr Innenminister Gall hat zur Polizeireform Regionalkonferenzen gemacht. Er hat ein offenes Ohr für Kritik. Zunächst einmal halten wir an den Eckpunkten fest, denn ich habe bisher keine überzeugenden Argumente dagegen gehört. Glauben Sie mir, eine Polizeidirektion, die bisher mit einem Landrat gut umgehen konnte, wird auch mit drei Landräten gut umgehen können. Ich sehe nicht, wo da das große Problem liegen soll. Ich meine, es sollten bitte alle auf dem Teppich bleiben. Solche Strukturen haben wir schon. Das hat nichts damit zu tun, dass wir die gute Zusammenarbeit mit der kommunalen oder der landrätlichen Basis in dieser Frage aufgeben wollen. Davon kann überhaupt keine Rede sein. Das wird man in den anstehenden Strukturen dann genauso kompetent und intensiv machen, wie man es bisher gemacht hat. Also gehen Sie bitte die Sache offen mit uns an.

Wenn Sie uns einen anderen Weg zeigen können, ohne dass wir dazu neue Haushaltsmittel generieren müssen, dann legen Sie bitte Ihre Vorschläge auf den Tisch.

Ich komme zu den Krankenhäusern. Meine Damen und Herren, bei den Krankenhäusern ist es wie bei den Straßen. Bei allem Zutrauen, das Sie in mich haben: Die Staus können nicht von mir kommen. Das wird ja wohl niemand ernsthaft sagen. Das ist beim Investitionsstau – Sie haben die Größenordnung beschrieben – haargenau gleich. Diesen Investitionsstau können wir nicht auf einmal abbauen. Das ist vollkommen ausgeschlossen. Wir können das nur im Rahmen unserer Haushaltsmittel machen. Die Anstrengungen dazu sind groß. Wir haben noch einmal eine Rücklage ge-

bildet. Es wird sicher möglich sein, im Haushalt in den nächsten Jahren aus diesen Rücklagen auch Mittel für die Krankenhausinvestitionen zu mobilisieren. Wir haben da, glaube ich, schon klare Duftmarken gesetzt, mehr als Duftmarken mit den 50 Millionen € im Nachtrag. Jetzt sind es insgesamt rd. 400 Millionen €, die an Programmmitteln zur Verfügung stehen. Da sind wir, glaube ich, ganz gut aufgestellt.

Ich weiß, da stehen Sie alle vor schwierigen Entscheidungen. Ich finde, es gibt ein ganz einfaches Prinzip: Wir erhalten keine Krankenhäuser, in denen sich diejenigen, die für ihren Erhalt plädieren, nicht operieren lassen.

Es ist nun einmal so, dass niemand sein Knie in einem Krankenhaus operieren lässt, wo siebenmal operiert wird, sondern dort, wo 170-mal operiert wird. Wir können letztlich an den Bedürfnissen der Patienten vorbei nicht Strukturen erhalten, die sie im Notfall nicht wahrnehmen. Das macht keinen Sinn, und das müssen wir der Bürgerschaft klarmachen. Sie ist es letztlich, die darüber entscheidet, was wir erhalten können und was nicht. Dort, wo das anders ist, wird es auch anders gehandhabt werden.

Wir haben jetzt klare Eckpunkte aufgestellt, was die Krankenhausfinanzierung betrifft. Da warten wir selbstverständlich auf Ihre Kritik und Ihre Vorschläge. Sie müssen aber vor allem eingehalten und durchgesetzt werden. Das ist da entscheidend wichtig. Nur dann ist es überhaupt möglich, die finanziellen Mittel so zu lozieren, dass wir einerseits eine optimale Maximalversorgung haben. Das erwarten heute nun einmal die Leute. Über Selbsthilfegruppen, über das Internet suchen sie sich genau die Krankenhäuser aus, wo sie für ihre Operation den besten Arzt zu finden glauben. Das ist einfach eine Tatsache. Andererseits können wir aber auch nur so eine Grundversorgung im ländlichen Raum erhalten. Auch das ist dieser Regierung ein großes Anliegen. Das müssen wir mit diesen knappen Mitteln hinbekommen.



Ich habe mich bei meinem dritten Kreisbesuch im Kreis Böblingen dezidiert über diese Frage informiert. Ich denke, dass der Kreis Böblingen da mit seinem Verbundsystem ein gutes Konzept hat, bei dem die Leute darüber informiert sind, wie sie in die Grundversorgung kommen, wie sie in andere Krankenhäuser des Verbundes weitergereicht werden, sodass sie damit rechnen können, dass sie nach den Maßstäben behandelt werden, die heute üblich sind. Das erwartet nun einmal jeder Patient. Damit ist eine klare Leitlinie gegeben. Die Landesregierung wird Sie dabei klipp und klar unterstützen, diesen klaren Weg zu gehen. Ich sehe nicht recht, wo sonst bei unseren Mitteln die Alternative liegen sollte. Ich denke, dass wir auch da gerne an einem Strang ziehen.

Das Land und meine Vorgängerregierungen sind beim dualen System geblieben, damit wir den enormen Strukturwandel, vor dem wir stehen, produktiv begleiten und zusammen gestalten können. Ich bin sicher, dass wir das auch schaffen werden.

Ich komme zum nächsten Punkt, zur Schulpolitik. Meine Damen und Herren, wir stehen – Herr Präsident Jahn, Sie haben es selbst angedeutet – vor enormen Herausforderungen. Wir haben eine veränderte Gesellschaft vor uns. Diese Gesellschaft ist hoch individualisiert. An diesem Punkt sind wir leider eine arme

Gesellschaft: Wir sind nämlich eine kinderarme Gesellschaft. Bis zum Jahr 2020 werden wir 200 000 Schülerinnen und Schüler weniger haben. Die Zahl sinkt dann unter 1 Million. Zurzeit sind es jedes Jahr 20 000 Kinder weniger. Jedem ist klar, dass das nicht ohne Auswirkungen auf die Strukturen der Schullandschaft bleiben kann. Das ist schon aus diesen demografischen Gründen vollkommen ausgeschlossen.

Aber dazu kommen auch gravierende Änderungen im Verhalten der Leute. Ich sage es etwas zugespitzt – das darf ich hier tun –: Das obere Drittel hat doch eher die Ansicht: Mein Kind ist ein verkappter Einstein. Und das untere Drittel kümmert sich zu wenig um den Schulerfolg seiner Kinder. Wir sind froh, dass wir bei den Migrantenfamilien endlich einen Schritt weiterkommen und sie stärker dafür sensibilisiert sind, dass sie sich auch selber mehr um den Bildungserfolg ihrer Kinder kümmern müssen.

Was heißt das? Die große Herausforderung – diese gehört zu den größten Herausforderungen, denen sich diese Landesregierung stellen muss – heißt: Wie schaffen wir es, das, was in unseren Kindern steckt, auszuschöpfen? Und wie schaffen wir es, dass der Bildungserfolg von der Herkunft, wenigstens so gut es geht, entkoppelt wird? Das ist die große Herausforderung, nicht nur weil wir das unseren Kindern und Jugendlichen schuldig sind. Das ist auch enorm wichtig für den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg. Denn die Prosperität dieses Landes können wir bei der demografischen Entwicklung nur dann erhalten, wenn wir tatsächlich aus jedem Jahrgang die Fachkräfte bekommen, die unsere Wirtschaft braucht. Dazu müssen ausbildungsfähige Kinder aus den Schulen kommen.

Wir haben dazu eine erste wichtige Maßnahme getroffen. Das ist der Ausbau und Verbesserung der frühkindlichen Betreuung und Bildung. Denn die Wissenschaft sagt uns: Jeder Euro, den wir da investieren, hat sehr viel größere Effekte als ein



Euro, den wir später investieren. Darüber haben wir, glaube ich, gut mit den Kommunen verhandelt. Das ist eine der wichtigsten Maßnahmen, die wir getroffen haben, um dem entgegenzuwirken. Wir mussten dazu leider die Grunderwerbsteuer erhöhen. Sonst wären wir noch stärker in die Verschuldung gekommen, was wir nicht wollten. Wir wollten ja einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen. Ich denke, da haben wir einen ganz dicken Meilenstein gesetzt.

Aber nicht nur das. Wir haben auch gezeigt, dass wir klare, berechenbare Verhandlungen führen mit einem Ergebnis, das die Konnexität beachtet. Die Kommunen und die Eltern müssen natürlich ihren Anteil übernehmen, sodass jetzt Planbarkeit gegeben ist und man nicht jedes Jahr wie auf einem Basar verhandeln muss. Das ist, glaube ich, enorm wichtig und hat auch bundesweit Schule gemacht. Das sollten wir uns auch zum Maßstab für andere Bereiche nehmen. Ich denke, das Ergebnis kann sich sehen lassen. Es war für mich schwierig, dem für die Landesregierung zuzustimmen. Ich weiß aber, dass auch die Kommunen dabei enorme Lasten stemmen müssen. Ich glaube, da haben wir eine uns alle angehende Aufgabe gut gelöst.

Was die Gemeinschaftsschulen betrifft, sehen Sie das Thema ganz einfach einmal so: Das Schulwesen in der Bundesrepublik Deutschland steht vor einer strategischen Entscheidung. Entweder es geht richtungsmäßig in ein zweigliedriges Schulsystem, oder es geht in ein integriertes Schulsystem. Wir sind nun einmal in einer Übergangssituation und müssen eine Regelung finden. Übergangssituationen sind schwierig und leider auch teuer. Aber es gibt gar keinen anderen Weg. Denn gerade in der Schulpolitik beachtet diese Landesregierung, dass wir die Reformen behutsam und mit Bedacht durchführen. Darum gibt es jetzt am Anfang 30 Gemeinschaftsschulen und nicht 300. Der Grund ist, dass man da langsam einsteigt und schaut, was das für Effekte hat. Andere Dinge

kann man nicht langsam machen. Die macht man, oder man lässt sie, wie z. B. die verbindliche Grundschulpflicht. Die haben wir nun gemacht, und da wird man sehen, welche Auswirkungen das hat. Ich vermute, sie sind nicht so, wie viele pessimistisch befürchten. Aber das sind alles Dinge, die den gesellschaftlichen Wandel berücksichtigen. Das sind Reformen für das allgemeinbildende Schulwesen.

Dieses steht natürlich immer in einem Spannungsverhältnis zu dem beruflichen Schulwesen, für das Sie als Kreis zuständig sind. Wir vernachlässigen dieses nicht – das haben Sie ja selber gesagt –, und wir müssen dann schauen, wie sich im Zuge der nächsten Jahre herauskristallisiert, in welche Richtung das geht. Das duale System, das auch schon die Vorgängerregierungen auf den tertiären Sektor gehoben haben, was wirklich eine gute Idee war, ist neben unseren guten Produkten aus Baden-Württemberg *das* Exportmodell. Überall, wo ich hinkomme, wird das gepriesen und gelobt und besteht Interesse dafür. Wir werden mit Sicherheit nicht das eine auf Kosten des anderen vernachlässigen.

Die Doppelstrukturen, die Sie genannt haben, sind ein Produkt des Übergangs. Aber wir müssen in eine Richtung gehen, und die Landesregierung hat sich klar für die Richtung entschieden, dass die Kinder sich nicht mehr den Schulen anpassen, sondern die Schulen den Kindern und dass wir individuelle Förderung wollen. Das können wir, weil wir große Teile der demografischen Rendite im System lassen.

Bei G 8/G 9 ist es ebenso. Das sind Versuchsschulen, wo wir den Wünschen in einer Übergangsphase nachkommen und dann sehen müssen, wie wir auch im gesamten Gymnasialbereich zu einer individuellen Förderung kommen. Das bedeutet immer, dass auf das einzelne Kind geachtet wird und es seinen Weg nehmen kann und man ihm vernünftige Möglichkeiten bietet, damit es persönlich weiterkommt. Das wird das Schul-

wesen revolutionieren; das ist völlig klar. Ich sage noch einmal: Wir machen nichts, was nicht schon irgendwo auf der Welt gut funktioniert. Denn unsere Kinder sind das Wichtigste, was wir haben. Wir wollen nicht mit ihnen herumexperimentieren, sondern wir wollen, dass jedes von ihnen eine gute Zukunft bekommt.

Das Thema Straßenbaumittel brauche ich, glaube ich, nicht mehr zu erörtern, weil wir das auf dem Gipfel schon ausführlich gemacht haben. Ich möchte noch einmal sagen: Wir werden zum öffentlichen Verkehr etwas Ähnliches durchführen. Natürlich müssen wir das in einem ausgewogenen Verhältnis darstellen. Aber, meine Damen und Herren, die Erkenntnis wird sich überall durchsetzen: Wir können den Staus nicht einfach hinterherbauen. Dass wir öffentlichen Verkehr und Individualverkehr besser vernetzen müssen, ist ein Gebot der praktischen Vernunft – sowohl aus ökologischen Gründen als auch wegen der Staus und der knappen Mittel. Wir bekommen immer mehr Zuspruch auch aus der Wissenschaft, die sagt: Das ist der richtige Weg. Darum müssen wir genau dort investieren – dafür haben Sie bei dem Straßengipfel Beispiele genannt –, wo es um solche Übergänge geht. Das ist sehr wichtig.

Ich nenne Ihnen ein Beispiel: Eine der wichtigsten Strecken ist die Rheintalstrecke. Wenn wir dort investieren und unsere Verträge und Aufgaben erfüllen, die wir mit der Schweiz haben, dann wird das zu einer enormen Entlastung des Straßenverkehrs von Lastwagen auf dieser Strecke führen. Mit solch einer Entscheidung entlasten wir direkt den Individualverkehr. Deswegen müssen wir die Mittel dort konzentrieren.

Für einen Prioritätenkatalog werden jetzt Kriterien benannt. Ich habe dem Verkehrsminister nochmals gesagt, dass Sie diese bekommen. Dann können Sie diese bewerten. Wenn Kriterien dabei sind, die Sie für zu schwach halten, oder wenn Sie Kriterien vermissen, dann spei-

sen Sie das bitte ein. Allerdings sollten – das merke ich gerade bei der Endlagersuche für den Atommüll – solche Kriterien schon wissenschaftsbasiert sein. Denn sonst macht jeder die Kriterien so, dass der Atommüll bei ihm nicht landet oder dass die Straßen bei ihm gebaut werden. Dann taugen die Kriterien nichts mehr. Dann ist man so weit wie vorher, dass man fragt: Welcher Wahlkreis war noch nicht dran? Mit diesem Prinzip wollen wir brechen. Mit solchen Kriterien muss man sorgfältig umgehen. Wir machen diesen Prioritätenkatalog, wiewohl ich weiß, dass das politisch ein Harakiri ist. Deswegen haben es meine Vorgängerregierungen wahrscheinlich auch nicht gemacht. Denn dann gibt es fünf, die sich freuen, und 50, die enttäuscht sind. Solche Vorhaben macht man normalerweise in der Politik nicht, sondern man bemüht sich meistens, das umgekehrt zu machen. Dann lässt es sich leichter durchführen. Aber um der Wahrheit und Klarheit willen und weil wir aufhören

wollen mit der Politik unhaltbarer Versprechen und nicht zu Ende geführter Spatenstiche, was nur wieder zu Enttäuschung und zu einem Vertrauensverlust führt, gehen wir dieses Wagnis ein.

Ich habe sehr wohl Ihre Aussagen zum ländlichen Raum gehört und gespeichert. Wir können die Kriterien nicht so wählen, dass zum Schluss der ländliche Raum hinten runterfällt. Allerdings – das möchte ich Ihnen klar sagen – müssen wir zu allererst Staus beseitigen. Meine Damen und Herren, die Staus im mittleren Neckarraum gefährden, wenn sie so weitergehen, den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg. Das können wir uns nicht erlauben. Darum müssen dort die Mittel prioritär für die Straßenabschnitte verwendet werden.

Glauben Sie mir, das ist nicht nur für den mittleren Neckarraum das Richtige, sondern auch für das Land. Der mittlere Neckarraum ist die prosperierende Region im Anlagenbau, Maschinenbau, Fahrzeugbau. Es ist enorm wichtig, dass wir

da endlich zu einem Stauabbau kommen. Das müssen wir bei aller Liebe zum Land – ich wohne ja schließlich auf dem Land – berücksichtigen. Ich denke, wenn wir uns darüber unterhalten, werden wir da nicht weit auseinanderliegen. Da bin ich sicher.

Meine Damen und Herren, ich habe jetzt hoffentlich die wichtigsten Dinge angesprochen. Wir bekommen ja Ihre Rede, sehr geehrter Herr Präsident Landrat Jahn, sicher auch, und dann reden wir noch einmal über die Punkte, die Sie angesprochen haben, im Detail.

Meine Damen und Herren, ich bin sicher, dass wir auch in Zukunft, erstens offen, zweitens klar, drittens unter Berücksichtigung der Haushaltssituation, manchmal auch streitig, die Probleme miteinander diskutieren und hoffentlich zum Wohle des Landes lösen werden. Das ist schließlich der erste Maßstab, dem wir alle verpflichtet sind.

Vielen herzlichen Dank.